



Alternative für Deutschland

Kommunalpolitik für Stuttgart

Die Alternative für Deutschland (AfD) setzt sich seit ihrer Gründung im Jahr 2013 für eine nachhaltige, transparente, bürgernahe, rechtsstaatliche und demokratische Politik ein. Einer Jahr für Jahr wachsenden Zahl von Wählern sind diese Ziele so wichtig, dass sie die Abgeordneten der AfD in den Bundestag, sämtliche deutschen Landesparlamente und in das EU-Parlament entsandt haben.

Auch in der Kommunalpolitik vieler Gemeinden setzen sich die Vertreter der AfD sachorientiert, konstruktiv und ohne Scheu vor unbequemen Wahrheiten für Bürgernähe, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ein. In Stuttgart stellt die AfD aktuell neben ihrer Vertretung im Gemeinderat auch 13 Bezirksbeiratsmitglieder. Damit ist sie bereits seit der letzten Kommunalwahl 2014 eine vernehmbare Stimme engagierter Bürger in Stuttgart!

Unser Arbeitsprogramm für die Wahlperiode 2019 – 2024 im Stuttgarter Rathaus bildet die Grundlage dafür, wie wir uns politisch für die Gestaltung des Lebens in unserer Heimatstadt einsetzen wollen, der baden-württembergischen Landeshauptstadt, einer der am dichtesten besiedelten deutschen Großstädte und dem Zentrum einer der wichtigsten Industrieregionen Europas. Unser Programm orientiert sich am Bedarf der Bürger, an der Kenntnis von Zahlen und Fakten, an praktischer politischer Vernunft und einem unverstellten Blick auf Handlungsnotwendigkeiten und Optionen. Mit Mut zur Wahrheit für Stuttgart's Zukunft!

Inhalt

Stuttgart für Generationen – Bildung, Familie, Jugend, Senioren.....	2
Unsere Heimat, unsere Regeln – Migration, Islam, Integration.....	5
Klima der Vernunft – Umweltpolitik mit Fakten statt Ideologie	7
Wachstum mit Maß und Ziel – Bevölkerung, Stadtentwicklung und Wohnungspolitik	8
Verkehr, der ankommt – Mobilität ohne Bevormundung	9
Gefahren erkennen, Probleme beim Namen nennen –Sicherheit und Sauberkeit für unsere Stadt ...	11
Baukultur und Identität – das bauliche Erbe der Stadt bewahren und pflegen	12
Stuttgart bezahlbar machen – Lebenshaltungskosten und Sozialpolitik	13
Produktiv bleiben - Wirtschaftsförderung, Innovation und Arbeitsplätze.....	14
Soll und Haben – Finanzen, Steuern und Abgaben	15
Nicht nur großes Theater – Kultur- und Sportförderung auf allen Ebenen.....	16

Stuttgart für Generationen – Bildung, Familie, Jugend, Senioren

Kinder sind unsere Zukunft. Familien mit Kindern sind deshalb verstärkt zu fördern. Eine echte Förderung von Familien sorgt dafür, dass Kinder in den ersten Lebensjahren möglichst viel Zeit mit ihrer Familie verbringen können. Aus diesem Grunde befürworten wir Angebote zur Unterstützung und Förderung der häuslichen Kindererziehung. Da jedoch Mütter aus unterschiedlichen Gründen heute vermehrt arbeiten wollen oder müssen, ist die Betreuung von Kindern eine wichtige Zukunftsaufgabe. Die Stadt muss vom Gesetzgeber alle finanziellen Mittel einfordern, die zur Aufrechterhaltung des Kinderbetreuungsanspruchs notwendig sind, und jede Möglichkeit zur Schaffung neuer Kinderbetreuungsplätze nutzen.

Jugendlichen müssen die zu unserer Kultur gehörenden Werte, Normen und Verhaltensregeln vermittelt werden. Vereine und andere bürgerschaftliche Organisationen leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Insbesondere für Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte ist die Kenntnis und Akzeptanz des Grundgesetzes und der christlich-abendländischen Kultur eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Integration in unsere Gesellschaft und in die deutsche Arbeitswelt.

Senioren sollen auch im hohen Alter soweit wie irgend möglich eigenständig ihr Leben führen können. Ihre Stimme soll bei Planungen und Entscheidungen gehört werden.

Zeit für Familie gewinnen - Freiräume für die kindliche Entwicklung erhalten

Die Alternative für Deutschland setzt sich dafür ein, dass die Pflege und die Erziehung der Kinder auch in Stuttgart vorrangig das natürliche Recht der Eltern und ihre Pflicht bleiben. Die Ganztagschule, deren Ausbau wir unterstützen, darf jedoch nur eine Gestaltungsmöglichkeit sein, ihr Besuch muss in jedem Fall auf Freiwilligkeit beruhen. Es müssen stets auch ausreichend Betreuungsplätze von gleicher Qualität und mit gleichem Zusatzangebot in klassischen Halbtageszügen an Schulen und Kitas angeboten werden.

Kinder gehören nicht dem Staat

Über die schulische Bildung hinaus darf dem Staat kein Monopol für die Betreuung unserer Kinder eingeräumt werden. Daher befürworten wir das Modell von Betreuungsgutscheinen, die Eltern nach Wahl dort einsetzen können, wo sie ihre Kinder angemessen betreut sehen. Dies können auch privat organisierte Einrichtungen sein. Einrichtungen in freier Trägerschaft sollen die gleichen Rechte haben und bis zur gleichen Höhe gefördert werden wie öffentliche Einrichtungen, vorausgesetzt die Ausbildung und Erziehung stimmen mit dem Grundgesetz überein und es werden Werte entsprechend der christlich-abendländischen Kultur vermittelt.

Familie ist nicht nur der Schlafplatz zwischen zwei Ganztagskita-Aufenthalten

Mehr Zeit in der Familie sowie eine größere Entscheidungsfreiheit der Eltern in der Erziehung, Freizeitgestaltung und Förderung ihrer Kinder sind für uns vorrangig. Die Eltern müssen die Möglichkeit behalten, ihre Kinder nach dem Ende der Unterrichtsstunden selbst betreuen zu können um ihnen die Chance zu geben, in Vereinen, kulturellen Einrichtungen, in Kirchen oder einfach nur im Freundeskreis aktiv zu werden.

Keine bildungspolitischen Experimente in städtischen Schulen und Kitas

Das ideologiegeladene Herumdoktern an der Bildung hat die Schüler unseres Landes in Rekordzeit von einem Bildungsspitzenplatz auf einen der hintersten Plätze zurückgeworfen (vgl. PISA-Ergebnisse, IQB-Bildungstrend). Schule und Kita dürfen nicht zum Experimentierfeld unausgelegener, angeblich „pädagogischer“ Theorien werden. Der Einsatz von Computern, Tablets, Taschenrechnern usw. muss ausschließlich dem Unterricht in höheren Klassenstufen vorbehalten bleiben. Kinder erlernen die Kulturtechniken des Lesens und Schreibens sowie des Umgangs mit Zahlen weitaus besser, wenn sie nicht auf einer Tastatur, sondern von Hand schreiben; wenn sie Kopfrechnen üben; oder konzentriert

ein Buch lesen. Jede Informationstechnologie ist ohne Wert, wenn der Mensch nicht vorher das Denken lernt. Im Regelfall dürfen Schüler keine Handys auf dem Schulgelände benutzen.

Leistung braucht Differenzierung

Die Alternative für Deutschland steht für den Erhalt und den Ausbau des bewährten mehrgliedrigen deutschen Schulsystems, das den Kindern vielfältige Bildungswege auch wegen seiner Durchlässigkeit auf unterschiedlichen Ebenen eröffnet. Wir bevorzugen ein ausgewogenes Verhältnis unterschiedlicher Schulformen und Schulkonzepte, das Wahlmöglichkeiten entsprechend der Leistungsfähigkeit der Kinder (Grundschulempfehlung) und der Wünsche der Eltern bietet. Die Grundschulempfehlung bei der Zuordnung der Kinder in die geeignete Schule muss verpflichtend sein. Die Möglichkeit, die Schule zu wechseln, muss gewährleistet sein. Schüler und Eltern müssen deshalb zukünftig immer auch das klassische dreigliedrige Schulsystem vorfinden. Einen flächendeckenden und ideologisch motivierten Ausbau von Gesamtschulen zu Lasten aller anderen Schularten lehnen wir ab.

Das Inklusionspädagogische Experiment mit unseren Schulkindern ist gescheitert

Als generellen Ersatz für schulische Einrichtungen, die auf sonderpädagogische Aufgaben oder auf schwierige körperliche Behinderungen spezialisiert sind, lehnen wir die Inklusion ab. Das bewährte System der Förder- und Sonderschulen, in denen die speziellen Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden, gilt es zu bewahren. Nur in den wenigen einzelnen Fällen, wo die Inklusion wirklich zum Vorteil des Kindes ist, sollen die speziellen Bedürfnisse angemessen berücksichtigt und die erforderlichen Mittel auch zur Verfügung gestellt werden.

Deutschkurse als Pflicht

Ohne eine sichere Beherrschung der deutschen Sprache haben weder Kinder noch Erwachsene eine Chance auf Bildung oder Arbeit. Sie muss Voraussetzung für die Einschulung sein. Kinder, die nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, müssen bereits frühzeitig vor der Einschulung Förderunterricht in der deutschen Sprache erhalten. Anhand von Tests ist die Wirksamkeit dieses Unterrichts zu messen und zu verbessern. Die betroffenen Eltern müssen in den aktiven Sprachlernprozess einbezogen werden. Wir setzen uns für Bildungsgutscheine ein, die ausschließlich zum Erwerb der deutschen Sprache bei qualifizierten Lehrern, Institutionen oder Volkshochschulen verwendet werden können. Erwachsene, die über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, müssen jedoch integrationsbedingte Kosten z. B. für Sprachkurse, Dolmetscher und Übersetzer selbst tragen.

Wer das Kopftuch an Schulen zulässt, tritt die bürgerlichen Rechte unserer Mädchen mit Füßen

In Schulen und anderen Bildungseinrichtungen darf Lehrern und minderjährigen Mädchen das Tragen eines Kopftuchs oder anderer politisch-weltanschaulich konnotierter Kleidung nicht gestattet werden. Das Kopftuch dient hier als Ausdruck einer elterlichen Gesinnung, die fundamentale Prinzipien unserer Gesellschaft negiert und insbesondere verfassungsgemäß verankerte Rechte von Frauen angreift. Die Teilnahme am Sport- und Schwimmunterricht ist verbindlich, ebenso die Teilnahme an Aktivitäten wie z. B. Klassenfahrten. Das Recht auf Religionsfreiheit beinhaltet nicht das Recht, religiös begründete Normen in der Schule durchzusetzen, Sonderrechte zu fordern oder gegen Gesetze zu verstoßen.

Gender-Ideologie nützt niemandem und schadet den Kindern

Die AfD respektiert, schützt und achtet unterschiedliche Lebensentwürfe. Wir stehen für die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Gleichzeitig stellen wir uns gegen die Verleugnung bestehender Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Sexualität und sexuelle Vorlieben haben ihren Platz ausschließlich im Privatleben eines Menschen, sofern sie nicht andere Menschen – insbesondere Kinder – schädigen. Ein Bildungsplan unter der Flagge des „Gender Mainstreaming“, das sich wissenschaftlicher Diskussion verschließt, relativiert und diskreditiert die Geschlechter. Kinder sollen in einer vertrauensvollen Atmosphäre aufwachsen und als Persönlichkeit ernst genommen werden. Ihre Bildung muss altersgerecht sein. Ideologien wie das Gender Mainstreaming oder die Thematisierung erotischer Präferenzen haben in Schule und Kita nichts verloren. Gleiches gilt für die externe und interne

Kommunikation der Stadt. Eine Verwendung der sogenannten genderneutralen Sprache durch die Stadt Stuttgart lehnen wir entschieden ab.

Jugendarbeit mit offenen Augen und klaren Linien

Kinder und Jugendliche suchen nach Orientierung und ihrem Platz in der Gemeinschaft. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten nicht zuletzt die vielfältigen Angebote von Vereinen und anderen bürgerrechtlichen Organisationen. Sie sind von der Stadt im Hinblick auf ihre Jugendarbeit verstärkt zu fördern.

Junge Menschen sollen ihre Interessen selbst vertreten und ihre Aktivitäten selbst organisieren, gemeinschaftlich gestalten und mitverantworten. Wir setzen uns dafür ein, dass sie dies im Geist unserer freiheitlichen Demokratie und ohne ideologische Denk- oder Sprechzwänge tun dürfen.

Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte sollen in den Lebens- und Kulturkreis unseres Landes hineinwachsen. Ihnen müssen die hierzulande tradierten kulturellen Werte, Normen und Verhaltensregeln vermittelt werden. Deren Akzeptanz ist eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Integration in unsere Gesellschaft und in die deutsche Arbeitswelt. Alle von der Stadt geförderten Einrichtungen müssen sich auf dieses Ziel nachprüfbar verpflichten.

Arbeitslose junge Menschen sollen von der Stadt Beschäftigungsangebote erhalten, deren Wahrnehmung verpflichtend ist. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in Bund und Land sind auch Qualifizierungsmaßnahmen vorzusehen, die die Fähigkeiten und Neigungen der Teilnehmer berücksichtigen. Ihnen wird damit doppelt geholfen: Einerseits durch den Erwerb von Kenntnissen und Fertigkeiten, andererseits durch das Wachsen von Selbstachtung und Vertrauen auf die eigene Leistung.

Jugendliche sind auch eine bevorzugte Zielgruppe für extremistische religiöse und politische Gruppierungen, die erkennbar verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Nicht nur muss eine direkte oder indirekte Unterstützung solcher Organisationen ausgeschlossen werden, sondern sie sind offensiv und konsequent zu bekämpfen. Die Landeshauptstadt Stuttgart muss sich zu dieser Verantwortung bekennen und darf sich nicht hinter Zuständigkeiten von Land oder Bund verstecken.

An die Senioren denken – wir werden alle älter

Hilfsbedürftige Senioren sollen so lang wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Bei ihrer Versorgung und Pflege ist die Selbstorganisation von Familien, Nachbarschaften, Freundeskreisen und ehrenamtlich Tätigen zu stärken. Dies soll durch ein vernetztes System der Versorgung in eigener Wohnung ergänzt werden, das von der Stadt personell und materiell mit Priorität behandelt wird. Seniorengerechte Wohnungen müssen stärker als bislang vorgesehen werden. Zum Beispiel sollten bei der Planung von Wohnraum große Grundflächen bevorzugt werden, die durch einfache Maßnahmen eine Umnutzung wahlweise für Familien oder mehrere Senioren, z. B. in Wohngemeinschaften, ermöglichen. Wir unterstützen den Bau von Mehrgenerationenhäusern.

Bei der Planung und Gestaltung von öffentlichen Räumen, Infrastruktur und Verkehrsmitteln sind der Bedarf und die Möglichkeiten von Senioren verstärkt zu berücksichtigen. Ihr Mitspracherecht soll durch gewählte Vertreter ausgeübt werden.

Unsere Heimat, unsere Regeln – Migration, Islam, Integration

Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Freiheit sind Grundbedingungen, damit Integration von Fremden in unser Gemeinwesen gelingen kann. Davon hängt gerade für Stuttgart mit seiner internationalen Bevölkerung eine gute und sichere Zukunft ab. Wir stehen insbesondere auch zu den zahlreichen gut integrierten Einwanderern in Stuttgart, die unsere Regeln ernst nehmen und sich an unsere Gesetze halten. Die Alternative für Deutschland ist aufgeschlossen gegenüber integrationswilligen Einwanderern. Wir betrachten Integration als das sich unterschiedlich vollziehende und freiwillige Hineinwachsen eingewanderter Personen in den Lebens- und Kulturkreis unseres Landes.

Integration ist zuerst Bringschuld der Zuwanderer

Selbstverständlich erhält jeder die nötige Unterstützung, ohne die Integration nicht gelingen kann. Integration ist jedoch vor allem Aufgabe der Zuwanderer. Wir respektieren und achten andere Kulturen. Erfolgreiche Integration setzt jedoch auch die Wertschätzung unserer Kultur voraus. Die Interessen und Bedürfnisse unserer Gesellschaft sind zu respektieren. Unser Land hat ein reiches kulturelles Erbe, das sich auf positive Art und Weise in vielfältigen Angeboten, zum Beispiel in Vereinen und Gemeinschaften, manifestiert. Die Förderung entsprechender Angebote kann nur dann integrativ wirken, wenn sie in die Breite geht und möglichst viele eingewanderte Bürger erreicht.

Grundvoraussetzungen für die Integration in unsere Gesellschaft und in den deutschen Arbeitsmarkt sind die weitgehende Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, die uneingeschränkte Anerkennung der deutschen Verfassung und Rechtsordnung und die Akzeptanz der historisch gewachsenen christlich-abendländischen Kultur.

Parallelgesellschaften verhindern die Integration

Integration wird verhindert, wenn Migrantengruppen beanspruchen, ihre Mitglieder zu kontrollieren, ihnen bestimmte Denk- und Lebensweisen vorzuschreiben und sie nicht selbstbestimmt in unserer freiheitlichen Gesellschaft leben zu lassen. In Deutschland, auch in Stuttgart, haben sich migrantische Parallel- und Gegengesellschaften gebildet. Eine große Zahl von Muslimen fühlt sich nicht als Deutsche – gezielt beeinflusst von konservativem Islam, türkischem Nationalismus und mafiösen Clans. Wir dürfen Parallel- und Gegengesellschaften nicht gewähren lassen.

Wer echten Flüchtlingen helfen will, muss sie von illegalen Migranten unterscheiden

Diese bereits seit Jahrzehnten bekannten, aber häufig verdrängten oder schöneredeten Probleme drohen durch den Zustrom von Migranten vollends unbeherrschbar zu werden, wenn nicht gehandelt wird. Durch deren schiere Zahl wurden Bemühungen der vergangenen Jahre zunichte gemacht. Für eine auch nur ansatzweise gelingende Integration fehlen heute bei weitem die Ressourcen. Wer echten Flüchtlingen helfen will, darf illegale Einwanderung daher nicht zur Flucht umdeuten. Stuttgart muss sich beim Bund und beim Land Baden-Württemberg mit allem Nachdruck für eine realistische, verkraftbare Asyl- und Einwanderungspolitik einsetzen.

Reale Gefahr politischer Tribalisierung

Mit großer Sorge sehen wir in diesem Zusammenhang die Gefahr einer Tribalisierung - gerade auch in Stuttgart. Tribalisierung bedeutet, dass Menschen die eigene ethnische Herkunft zum Grundmaßstab ihres Handelns in der Stadtgesellschaft machen. Sobald Parteien entstehen, die sich als Interessenvertretungen ethnischer (insbesondere islamischer) Bevölkerungsgruppen verstehen, droht Politik zum Schauplatz ethnisch getriebener Ressourcenkämpfe zu werden. Damit wäre unter dem Deckmantel eines extremistischen angeblichen Humanismus („No Borders“) der Wiedereintritt tiefsten inhumanen Denkens in die Politik vollzogen: Tribale Politik kennt keine Bürger, keinen Minderheitenschutz, keine Bindung an allgemeine Rechte. Sie kennt nur den eigenen Clan, die eigene Gruppe, den eigenen Stamm. Diese Gefahr ist überaus real: Städte im nahen europäischen Ausland wie Blackburn

oder Dewsbury geben einen Vorgeschmack auf mögliche Entwicklungen auch bei uns. Dort ist die Tribalisierung der Politik unter islamischen Vorzeichen weitestgehend eingetreten.

Positives Verhältnis zur deutschen Identität als Grundvoraussetzung für Integration

Wer Fremde integrieren will, muss ein positives Verhältnis zur eigenen Identität haben. Wer sich als Fremder in eine Gesellschaft integrieren will, muss diese attraktiv finden. Die positiven Seiten unserer Geschichte, Kultur und Lebensart müssen deshalb im Einflussbereich der Landeshauptstadt Stuttgart hervorgehoben und integrationswilligen Menschen vermittelt werden. Unsere Interessen und Bedürfnisse, unser Selbstverständnis und unsere Lebensweise als einheimische Stuttgarter müssen respektiert und geschützt werden. Wir wünschen uns, dass Fremde uns mit der Achtung begegnen, die auch wir ihnen entgegenbringen.

Verantwortung der Stadt für unsere freiheitliche demokratische Ordnung

Das im Grundgesetz garantierte Recht auf die Freiheit des Bekenntnisses und auf Religionsfreiheit beinhaltet nicht das Recht, religiöse Normen im öffentlichen Raum durchzusetzen oder Sonderrechte entgegen allgemeiner Gesetze zu verlangen. Die individuelle Freiheit der Menschen darf nicht durch die Einführung islamischer Regeln in Schulen, an Arbeitsplätzen oder in öffentlichen Einrichtungen beschnitten werden. Alle Versuche, solche Regeln – etwa Kleidungs Vorschriften für Frauen, Fasten- oder Speisegebote – durch sozialen Druck oder Gewaltandrohungen durchzusetzen, sind konsequent zu ahnden. Dem ist auch durch kommunale Initiativen und Projekte entgegenzutreten (Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, usw.).

Islamische Organisationen, Gemeinschaften oder Unternehmungen sind von der Stadt im Rahmen ihrer Satzungshoheit auf unser Grundgesetz und die hierzulande geltenden Gesetze zu verpflichten. Dies betrifft insbesondere den unbedingten Vorrang dieser Gesetze vor der islamischen Scharia und die Pflicht, alle Bestrebungen zu unterlassen, die sich gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung richten.

Diese Verpflichtung muss auch für die Vergabe von Grundstücken und Baugenehmigungen gelten, insbesondere im Hinblick auf islamische Repräsentationsbauten. Die Vergabe darf nur gebunden an ein verbindliches Nutzungskonzept erfolgen, das die Einhaltung aller hiesigen Gesetze und Regeln gewährleistet. Repräsentationsbauten dürfen keinen islamischen Machtanspruch symbolisieren, beispielweise durch ihre Dominanz im baulichen Umfeld oder durch akustische Machtsignale wie den Muezzinruf. Großmoscheen und Minarette lehnen wir ab. Die christlich-jüdische Prägung unserer Stadt darf zu keinem Zeitpunkt zur Disposition stehen.

Schutz unserer jüdischen Mitbürger

Wir sind bestürzt über den schrankenlosen Import islamistischen Antisemitismus auf deutschen Boden. Traditioneller Antizionismus der Linken und neuimportierter islamistischer Antisemitismus vermischen sich zu einem Gebräu, das unseren jüdischen Mitbürger das Leben in Deutschland zunehmend unerträglich macht. Was ist aus unserem Land geworden, dass es Juden erneut die Diaspora nahelegt? Die AfD steht ohne jede Einschränkung hinter der Tradition jüdischen Lebens in unserer Stadt. Angriffe auf Juden, in Worten wie in Taten, müssen konsequent bekämpft und bestraft werden.

Rückkehr der Migrationspolitik zur Vernunft

Die Landeshauptstadt muss mit Nachdruck von der Bundesregierung verlangen, bei der Migrations- und Asylpolitik geltendes Recht und internationale Vereinbarungen endlich wieder einzuhalten und in der Politik zu einer Verantwortungsethik zurückzukehren.

Die Abschiebung nicht anerkannter Asylbewerber und sich illegal aufhaltender Ausländer sowie straffällig gewordener Migranten muss von Gemeinderat und Verwaltung konsequent unterstützt werden.

Klima der Vernunft – Umweltpolitik mit Fakten statt Ideologie

Gerade in unserer Stadt ist das wichtig. Der gesamte Großraum Stuttgart gehört zu den wärmsten Gebieten Deutschlands. Der Wind weht in Stuttgart nur schwach. Deshalb sind Kaltluftflüsse an den Hängen und in den Tälern des Stadtgebiets wie dem Nesenbachtal besonders wichtig für die Frischluftzufuhr der Stadt. Grünanlagen wie der Rosensteinpark, der Pragfriedhof und die Schlossgärten wirken klimatisch ausgleichend. Diese besondere Situation spielt in der städtebaulichen Planung seit jeher eine wichtige Rolle.

Die Luftqualität in Stuttgart bewegt sich heute auf einem insgesamt guten Niveau. Die Konzentration von Schwefeldioxid hat in den letzten dreißig Jahren um 80 Prozent abgenommen. Selbst die früher gefürchteten Inversionswetterlagen im Winter richten deshalb heute wenig Schaden an. Die Stuttgarter Luft ist auch und gerade im Talkessel seit zehn Jahren kontinuierlich besser geworden.

Stadtentwicklung, Natur- und Umweltschutz: Maßnahmen mit Wirkung

Stuttgarter Parks, Grünflächen und Wälder sind zu erhalten, zu pflegen und zu erweitern. Sie dürfen nicht durch Hoch- oder Tiefbaumaßnahmen versiegelt werden. Dies gilt besonders für die Naturschutzgebiete. Die forstwirtschaftliche Nutzung muss zeitliche und räumliche Anforderungen des Naturschutzes angemessen berücksichtigen. Die Stadt sollte zum Erhalt der Streuobstwiesen beitragen, die so charakteristisch für unsere Kulturlandschaft sind. Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Stadtklimas sind erstrebenswert, aber sie müssen Stuttgarts Bürgern dienen, nicht sie schikanieren. Es gilt, stets die Verhältnismäßigkeit von finanziellem Aufwand, ökologischem Ertrag und Zumutbarkeit für die Bürger zu betrachten.

Eine Politik, die mit ideologischen Grenzwerten Front gegen das Auto macht, gefährdet den unseren Wohlstand.

Vernünftige Klima- und Umweltpolitik muss auf wissenschaftlichen und technischen Fakten beruhen und sich an den Interessen unserer Stadt, ihrer Bewohner, ihrer Berufstätigen, ihrem Handel und ihrer Industrie orientieren. Kosten und Nutzen von Maßnahmen müssen abgewogen werden. Diesel-Fahrverbote oder und Feinstaubalarne sind ökologisch sinnlos, zerstören unsere Wirtschaft und Freiheit und nützen niemandem. Die Messwerte für Stickstoffdioxid in der Stuttgarter Luft sind seit dem Jahr 2009 kontinuierlich zurückgegangen und haben in diesem Zehnjahreszeitraum an keiner Messstelle gesundheitlich bedenkliche Werte auch nur annähernd erreicht. Der EU-Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft ist willkürlich. Er beruht nicht auf den seit Jahren bekannten toxikologischen Fakten über die Wirkung dieses auch natürlich vorkommenden Gases. Für einen solchen Grenzwert gibt es keine wissenschaftliche Begründung.

Falsche Messungen für ein ideologisches Weltbild – wirtschaftlicher Selbstmord für ein radikal-ökologisches Dogma

Dem Trick, mit staats- und politikabhängigen Forschern genau die Ergebnisse zu produzieren, die dem eigenen grünen Weltbild entsprechen, muss ein Riegel vorgeschoben werden. Sonst verarmen unsere Stadt und Region unter einem radikalökologischen Dogma.

Die meistgenannte Stuttgarter Messstelle an der Straße Am Neckartor misst nicht nur die Luftqualität an einem Ort, wo sich kein Mensch längere Zeit aufhält, sondern steht auch direkt an einem Straßenabschnitt, an dem ständig gebremst und Gas gegeben wird; außerdem vor einer großen Hausfront in der Nähe eines Mauervorsprungs. Diese Position verfälscht die Messergebnisse dramatisch. Keine Großstadt im europäischen Ausland interpretiert die Vorgaben zur Aufstellung der Messstationen so einseitig. Die Messung der Luftqualität ist redlich an technisch begründeten Verfahren und Standards auszurichten, um fahrlässige Verfälschungen der Messergebnisse zu vermeiden, aus denen sich dann verhängnisvolle Gerichts- und Verwaltungsentscheidungen ergeben müssen.

Der Feinstaub in der Stuttgarter Luft stammt vor allem aus laufend aufgewirbeltem Straßenschmutz und Baumaßnahmen, z. B. für Stuttgart 21. Auf Dieselabgase entfielen bereits vor Jahren, als noch so manches Postauto rußend durch Stuttgarts Straßen fuhr, gerade einmal 15 Prozent des gesamten Feinstaubes. Moderne heutige Dieselmotoren erzeugen nur noch einen kleinen Bruchteil damaliger Emissionen. Der Feinstaubgrenzwert wurde im Jahr 2018 bereits unterschritten. Zur weiteren Reduzierung müssen die Ursachen angegangen werden, die vernünftigerweise beeinflusst werden können, z. B. durch Nassreinigung der Straßen.

Diesel-Fahrverbote oder Feinstaubalarme nützen der Luftqualität aus den genannten Gründen nichts. Sie sind nur eine unsinnige Belastung für alle, die in Stuttgart und Umgebung mobil sein müssen, und haben der Stadt auch einen beträchtlichen Imageschaden zugefügt. Sie müssen beendet werden.

Stuttgart soll, auch in Kooperation mit anderen Großstädten, auf eine Korrektur wissenschaftlich unhaltbarer Grenzwerte hinwirken und die rechtlichen Möglichkeiten hierzu ausschöpfen.

Wachstum mit Maß und Ziel – Bevölkerung, Stadtentwicklung und Wohnungspolitik

Die Einwohnerzahl Stuttgarts wächst jährlich um etwa zwei- bis fünftausend Einwohner. Die Ursachen sind vielfältiger Natur. Aufgrund seiner mittelständischen Industrie, Unternehmen von Weltruf und zahlreichen Dienstleistungsunternehmen bietet Stuttgart attraktive Arbeitsplätze. Hinzu kommt ein umfangreiches Kultur- und Bildungsangebot.

Für die Einwohnerzahl gibt es jedoch Grenzen des Wachstums. Die Infrastruktur der Stadt ist nicht beliebig erweiterbar. Aufgrund ihrer teilweisen Kessellage ist eine Wohnbebauung nur begrenzt möglich. Die Unterbringung von Migranten führt zu hohen finanziellen und sozialen Belastungen. An den Rändern sind Flächen für Wohnen und Gewerbe nahezu ausgeschöpft. Naherholungsgebiete müssen erhalten bleiben. Ein Wachstum um jeden Preis wäre zerstörerisch – wir wollen die Lebensqualität der Bürger und den Charakter der Stadt erhalten.

Familiengerechte Wohnformen sind nur mit modernen Verkehrskonzepten realisierbar

Die schwierige Wohnsituation in Stuttgart, die durch die massive Einwanderung noch zugespitzt wird, ist nur über die Grenzen der Stadt hinaus mit der Region lösbar. Es gibt in Stuttgart keine unbeschränkten Möglichkeiten der Ausweitung und Verdichtung von Wohnflächen. Vorzugsweise sollen Übergangsbereiche zwischen Stadt und Land durch integrierte Planung zwischen Umlandgemeinden und der Stadt Stuttgart besser genutzt werden. Familiengerechte Wohnformen im Umland können das Zentrum entlasten. Dazu sind Verkehrskonzepte insbesondere zur Verknüpfung von öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln unerlässlich.

Entbürokratisierung baurechtlicher Vorschriften, abgestufte Bausatzung

Grundsätzlich können zu einer städtebaulich sinnvollen Entlastung der Immobiliennachfrage die Verdichtung von lockerer bebauten Bezirken oder das Aufstocken z. B. auf Dachflächen von Einzelhandels-, Büro- oder Parkgebäuden beitragen. Auch in geeigneten denkmalgeschützten Objekten oder in nicht mehr genutzten Industriebauten soll die Schaffung von Wohnraum ermöglicht werden. Die Umwandlung von gewerblich genutzten Räumen in typischen Wohnhäusern soll gefördert werden. Wohnhäuser, die nicht mehr dem heutigen Wohnstandard entsprechen, sollen (Eigentümergebilligung vorausgesetzt) abgerissen und neu gebaut werden.

Die baurechtlichen Vorschriften sind auch in diesem Sinne zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern. Die Einführung einer abgestuften städtischen Bausatzung (Staffelbauordnung) ist zu prüfen, um die unterschiedlichen Verhältnisse und Belange von Innenstadt und Peripherie zu berücksichtigen. Stuttgart soll sich auch für eine Vereinfachung der Bauvorschriften auf Landes- und Bundesebe-

ne einsetzen. Ausschreibungs-, Genehmigungs- und Vergabeprozesse müssen verbessert und beschleunigt werden.

Flexible Sozialbindung von Wohnungen: Menschen fördern statt Objekten

Die Aufgabe, günstigen Wohnraum zu schaffen, kann nicht allein über Neubau gelöst werden. Auch der Wohnungsbestand, der in viel größerem Umfang für bezahlbare Wohnungsangebote sorgt, muss einbezogen werden. Durch geeignete Verträge soll dafür gesorgt werden, dass geförderte Wohnungen innerhalb eines Wohnungsbestands flexibel umgeschichtet werden können. So soll etwa ein nicht mehr bedürftiger Bewohner nicht aus einer gebundenen Wohnung ausziehen müssen, sondern die Sozialbindung soll auf eine andere Wohnung übertragen werden und der Mieter im angestammten Quartier bleiben können.

Vorrang für Nutzungskonzepte

Baugemeinschaften sollen gefördert werden. Beim Verkauf von Liegenschaften soll Stuttgart nicht primär auf die Erzielung eines Höchstpreises achten, sondern den Verkauf an ein Nutzungskonzept binden, dessen Einhaltung von der Stadt kontrolliert und durchgesetzt werden kann.

Wohnungen für Familien, Jung und Alt

Die AfD unterstützt und schützt die Familien. In der Stadt sollen weit mehr als bisher große Wohnungen mit flexiblen Nutzungsmöglichkeiten für Familien entstehen. Flexible Bauweise und Grundrisse ermöglichen den Familien bei Bedarf dann eine Teilung der Wohnräume in kleinere Wohneinheiten. Nicht zuletzt seniorengerechte Wohnformen lassen sich so verwirklichen.

Ohne Aufnahmestopp für Migranten sind die Aufgaben nicht zu bewältigen

Die massive Zuweisung von Migranten hat die angespannte Lage nicht zuletzt beim Wohnraum verschärft und viele Bemühungen der vergangenen Jahre zunichte gemacht. Für eine auch nur ansatzweise gelingende Integration fehlen bei weitem die Ressourcen. Stuttgart muss einen Aufnahmestopp erwirken und sich dafür einsetzen, dass auch anerkannte Asylbewerber vorerst keine freie Wohnortwahl haben.

Stadtentwicklung braucht direkte Demokratie

Vor jeder Ausweitung oder Verdichtung von Wohnbereichen müssen die bereits ansässigen Bewohner bei der Klärung aller Fragen beteiligt werden, die die Infrastruktur, den Verkehr, die soziale Struktur und die öffentliche Ordnung und Sicherheit betreffen. Die AfD ist die Partei konsequenter direkter Demokratie: Keine Verdichtung der Bebauung ohne Mitsprache der betroffenen Anwohner.

Hochwertige Architektur, notwendige Ergänzungen der Infrastruktur und ein insgesamt vielseitiges Angebot sorgen für Attraktivität, fördern ein friedliches Miteinander und beugen Kriminalität vor.

Verkehr, der ankommt – Mobilität ohne Bevormundung

Für den Verkehr in Stuttgart und der Region sind die Rahmenbedingungen schwierig – insbesondere wegen der dichten Besiedlung, der großen Zahl von Betrieben und Arbeitsstätten, der teilweisen Kessellage der Stadt. Eine große Zahl von Pendlern fährt in die Stadt, aus ihr heraus oder durch sie hindurch; die Menschen wollen zum Einkaufen oder zu Veranstaltungen in die Stadt; bei Staus auf den Autobahnen A8 und A81 belastet umgeleiteter Fernverkehr die Verkehrswege. Aufgrund der geographischen Lage verlaufen die Eisenbahn- und Straßenverbindungen Stuttgarts bis heute größtenteils sternförmig. Mitten durch Stuttgart laufen die Bundesstraßen B10, B14 und B27, echte Umgehungsstraßen fehlen.

Individualverkehr und öffentlichen Nahverkehr nicht gegeneinander ausspielen

Beide sind notwendig. Öffentliche Verkehrsmittel haben gegenüber dem Auto aufgrund von Kapazitätsproblemen, mangelnder Erschließung in der Fläche und ungenügender preislicher Wettbewerbsfähigkeit häufig das Nachsehen. Der Nahverkehr muss attraktiver gestaltet werden, das S-Bahn-Schienennetz ist auszubauen. Verkehrskonzepte zur Verknüpfung von öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln sind unerlässlich. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Wohnungsknappheit ist eine konsequente Anbindung der Region an Stuttgart geboten. Menschen, die gezwungen sind in die Peripherie auszuweichen, brauchen schnelle, kostengünstige und flexible Mobilität. Das geht nur, wenn alle Mobilitätsformen, gleichberechtigt und ideologiefrei optimiert, für den Bürger zur Verfügung stehen – auch das Auto. Für Pendler, die mit dem Kfz fahren, müssen ausreichende Parkmöglichkeiten, die an den ÖPNV angeschlossen sind, an den Stadträndern ausgewiesen werden.

Für öffentliche Verkehrsmittel sind die Menschen nur dann zu gewinnen, wenn sie attraktive und funktionierende Angebote vorfinden. Maßnahmen, die einseitig den Autoverkehr erschweren sollen, führen zu keiner Lösung.

Das ÖPNV-Netz ist insbesondere für die äußeren Stadtbezirke auszubauen. Ein dichter Takt im ÖPNV muss ganztägig aufrechterhalten werden. Der Nachtverkehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln soll durchgängig für die gesamte Woche eingerichtet werden. Die SSB soll ihre Stationen so umbauen, dass die Länge der U-Bahnen und damit ihre Kapazität verdoppelt werden kann. Der ÖPNV sollte höher subventioniert, der Fahrpreis für bestimmte Zielgruppen ermäßigt werden.

Mehr innerstädtische Parkmöglichkeiten statt Parkraumverknappung

Die Bürger wollen ins Stadtzentrum zum Einkaufen und zur Unterhaltung. Dazu ist für viele das Automobil die Voraussetzung. Gibt es eine attraktive Alternative, so wird diese auch angenommen. Hierzu bedarf es keiner Verordnung, keiner Zwangsgebühren, keiner ausufernden Tempo-30-Zonen und keiner City-Maut.

Der weiteren Verknappung öffentlichen Parkraums muss Einhalt geboten werden – diese ist Teil des ideologischen Ziels, die Individualmobilität einzuschränken. Parkraumbewirtschaftung löst in den betroffenen Stadtteilen, insbesondere abends, keine Parkplatzprobleme. Auch die Einwohner der Innenstadtbezirke sind auf ihr Auto angewiesen. Um die Parkplatznot zu lindern und die Straßen vom Suchverkehr zu entlasten, sollen mehr innerstädtische Parkmöglichkeiten, etwa durch unterirdische Quartiersgaragen geschaffen werden.

Den Verkehr flüssiger machen, die Innenstadt entlasten

Der innerstädtische Verkehr muss durch eine Steuerung, die Tageszeiten und Verkehrsaufkommen berücksichtigt, flüssiger werden. Dies gilt z. B. für Geschwindigkeitsregeln und Ampelschaltungen, die sich flexibel an die aktuellen Verkehrsverhältnisse anpassen. Der Stadtverkehr ist mit intelligenten sensorgesteuerten Ampel- und Leitsystemen, die flexibel auf den tatsächlichen Verkehr reagieren, zu beschleunigen. Es braucht modernste Technik für die Verkehrsleitung.

Die Stadt muss vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Der in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommene Nordoststring um Stuttgart ist unter frühzeitiger Beteiligung der Bürger zu planen und zu entwickeln. Autos, die im Tunnel fahren, stören niemanden. Ausfall- und Durchgangsstraßen in Tunneln entlasten die Anwohner und reduzieren Staus im Berufsverkehr. Der vierspurige Ausbau des Heslacher Tunnels ist daher für uns ein Projekt mit hoher Priorität.

Neue Radwege sollen nur dort geschaffen werden, wo Sie nicht zu weiteren Staus für den Autoverkehr führen. Radwege, die auf Hauptdurchgangsstraßen zu Staus führen, weil sie beispielsweise ganze Fahrspuren für sich beanspruchen und kaum genutzt werden, wie z. B. in der Waiblinger Straße, müssen rückgebaut werden.

Keine Fahrverbote, keine unsinnigen Kontrollen

Diesel-Fahrverbote oder Feinstaubalarmlösungen nützen der Luftqualität aus den weiter oben genannten Gründen nichts. Sie müssen beendet werden.

Geschwindigkeitskontrollen sollen dort stattfinden, wo Menschen, insbesondere Kinder und Senioren, gefährdet sind: An Schulen, Kitas, Seniorenheimen und natürlich in Wohngebieten. Dort sollen und müssen Autos zum langsamen Fahren gezwungen werden. Unsinnige Kontrollen und feste Stationen an den Hauptdurchgangs- oder Einfallstraßen dienen dagegen nicht den Bürgern, sondern nur als Geldquelle im Namen eines falsch verstandenen Umweltschutzes.

Verkehrspolitik braucht direkte Demokratie

Bei der Planung oder Veränderung von Infrastruktur, Straßenbau oder ÖPNV sind die betroffenen Einwohner in den Stadtbezirken frühzeitig einzubeziehen.

Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer

Der barrierefreie Ein- und Ausstieg muss mittelfristig an allen ÖPNV-Haltestellen gewährleistet werden. Blinden und Sehbehinderten ist mit geeigneten Maßnahmen eine größere Mobilität in der Stadt zu ermöglichen. Bürger, die wegen einer Gehbehinderung auf das Auto angewiesen sind, müssen zuverlässig einen Parkplatz finden. Fußgängerzonen müssen den Fußgängern vorbehalten bleiben, sie dürfen nicht durch andere Verkehrsteilnehmer gefährdet werden. Dies ist konsequent durchzusetzen, auch Verstöße durch Radfahrer müssen konsequent geahndet werden.

Gefahren erkennen, Probleme beim Namen nennen – Sicherheit und Sauberkeit für unsere Stadt

Die Bürger unserer Stadt haben einen Anspruch auf Schutz vor Kriminalität und anderen Bedrohungen ihrer Sicherheit. Wirksamen Schutz vor Kriminalität und Terrorismus, bei Unfällen oder Naturereignissen kann nur eine Stadt bieten, die diese Gefahren und ihre Ursachen nüchtern betrachtet und konsequent handelt.

Sauberkeit und ein gepflegtes Erscheinungsbild der Stadt tragen, neben der allgemeinen Hygiene, wesentlich zum Wohlbefinden bei, und sie sind eine wichtige Bedingung, um sich bei uns zuhause zu fühlen. Sauberkeit und Ordnung motivieren die meisten Stuttgarter, sich auch selbst entsprechend zu verhalten.

Wir brauchen aussagefähige und umfassende Kriminalitätsstatistiken

Sie sind Voraussetzung für eine effektive Verbrechensbekämpfung und -prävention. Über Gewaltverbrechen und Einbrüche ist dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit vierteljährlich zu berichten. Dabei sind Tatort, Geschlecht, Alter und Herkunft der ermittelten Täter zu nennen.

Keine „No-Go-Areas“ in Stuttgart

Um den öffentlichen Raum in unserer Stadt überall so sicher wie möglich zu machen, soll auch Videoüberwachung eingesetzt werden, insbesondere an problembehafteten Orten – so viel wie nötig, so wenig wie möglich. Auch Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs sind mit Hilfe von Sicherheitskräften und Videotechnik zu überwachen und zu sichern. Videoüberwachung kann und soll jedoch die Polizeipräsenz nicht ersetzen. Diese ist insbesondere auch im Schlossgarten zu verstärken.

Sichtbare Präsenz von Polizei und Sicherheitskräften

Diese muss unterstützt und soweit nötig ausgebaut werden. Die Präsenz von Polizeibeamten in den Stadtbezirken muss dauerhaft sichtbar sein. Insbesondere sind Streifen in Wohngebieten, auch zu

Fuß, zu intensivieren. Ortsteilpolizisten sollten ständig einen bestimmten Bezirk betreuen, so dass sie mit diesem und seinen Bewohnern vertraut sind.

Mehr Personal und Mittel für die Feuerwehr

Der erhebliche Beitrag, den die Feuerwehr Stuttgart zum Schutz der Einwohner bei Bränden, Verkehrsunfällen oder Naturereignissen leistet, muss personell und finanziell sichergestellt werden. Die Berufsfeuerwehr Stuttgart braucht eine größere Personalstärke, um ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen. Die Freiwilligen Feuerwehren brauchen nachhaltige Unterstützung.

Null-Toleranz-Prinzip bei der Kriminalitätsbekämpfung und -prävention

Das bedeutet: Polizei oder Ordnungskräfte schreiten bereits bei Ordnungsverstößen ein, die noch keine Straftaten sind, wie etwa bei aggressivem Betteln, öffentlichem Herumlungern oder Vermüllung öffentlicher Flächen. Diese Strategie kann Straftaten bereits im Anfangsstadium verhindern und eine sozial präventive Wirkung entfalten. Kriminalität und Drogenhandel z. B. an Orten wie der Klettpassage, dem Hauptbahnhof, dem Rotebühlplatz müssen konsequent verfolgt werden. Die Bekämpfung des Drogenhandels hat (neben der Prävention und der Therapie von Drogenabhängigkeit) höchste Priorität. Kinder und Jugendliche sind konsequent vor Drogenhändlern zu schützen, insbesondere auch in der Nähe von Schulen.

Bei Sachbeschädigungen wie illegalen Graffiti oder Vandalismus sollen ermittelte Täter zur Behebung der Schäden herangezogen werden. Dies verspricht eine wirksamere Abschreckung als Verwarnungen oder Geldstrafen. Damit Kontrollen der Stadt gegen Vermüllung auch Wirkung erzielen, müssen die Strafen für Ordnungswidrigkeiten gegen die Sauberkeit drastisch erhöht und konsequent durchgesetzt werden. Vermüllung und Farbschmierereien müssen auch in den äußeren Stadtbezirken beseitigt werden, nicht nur im Stadtzentrum.

Maschinelle Straßenreinigung

Zur Reduzierung von aufgewirbeltem Straßenstaub – eine der Hauptquellen für Feinstaub (neben den Großbaustellen von Stuttgart 21) – sind Lösungen für die maschinelle Straßenreinigung, insbesondere auch Nassreinigung, zu erarbeiten.

Baukultur und Identität – das bauliche Erbe der Stadt bewahren und pflegen

Den Stuttgartern, die sich eine schöne Stadt wünschen, geht es meist weniger um die bekannten Sehenswürdigkeiten, sondern vielmehr um den emotionalen und ästhetischen Eindruck, den die Stadt all denen vermittelt, die darin leben – Stuttgarts baukulturelle Identität. Sie kann die Stimmung ihrer Bewohner und ihr gesellschaftliches Zusammenleben positiv oder negativ beeinflussen.

Die charakteristischen Merkmale der Stadtbezirke und Stadtteile erhalten und ausbauen

Die Gestaltung der Innenstadt und der Stadtteile ist hochwertig zu planen. Attraktive, in das bauliche Umfeld gut eingebundene Gebäude stellen auch für Investoren einen dauerhaft höheren Wert dar. Das bauliche Erbe der Stadt muss bewahrt und gepflegt werden. Nur wenn die sozialen, kulturellen, gewerblichen, verkehrstechnischen und ökologischen Belange miteinander verbunden und von Anfang an umfassend geplant werden, sollen Stadtbereiche erweitert oder verdichtet werden.

Die Anlage von Plätzen soll sich in der Regel am alten Stadtgrundriss orientieren. Bei der Neugestaltung der Platzränder ist dem Ensemble Vorrang vor spektakulären Baukörpern zu geben. Durch Begrünung und schonende Möblierung soll die Aufenthaltsqualität von Plätzen in der Innenstadt wie auch in den Außenbezirken verbessert werden.

Das Neue Schloss soll wieder für die Bürgerschaft zugänglich werden. Die historischen Räume sollen wiederhergestellt und z. B. für Ausstellungen genutzt werden. Städtebaulich wertvolle Teile der Alt-

stadt sollen wiederaufgebaut werden (siehe Frankfurt/Main oder Dresden) z. B. die Häuserzeilen auf der Nord- und Ostseite des Marktplatzes.

Baukulturelle Vergabekriterien

Bei Auftrags- und Grundstücksvergaben soll unsere Stadt baukulturelle Kriterien einbeziehen. Auch an Bauprojekte der technischen Infrastruktur sind hohe Gestaltungs- und Prozessanforderungen zu stellen. Bei Neubauten wie auch bei der Restaurierung oder Neugestaltung bestehender Gebäude oder Flächen sollen die Handlungsempfehlungen der Bundesstiftung Baukultur als Leitlinie dienen.

Das durch S21 freiwerdende Gleisgelände hinter dem Hauptbahnhof soll hochwertig bebaut werden. Ein Architektenwettbewerb ist auszuschreiben.

Verantwortungsbewusster Denkmalschutz

Denkmalschutz ist ein hohes öffentliches Gut. Er soll Vorrang haben vor Plänen privater wie auch öffentlicher Investoren. Denkmalschutz darf aber nicht bedeuten, dass Eigentümern geschützter Häuser die Modernisierung unmöglich gemacht wird. Den Schutz des Historischen und die Erfordernisse der Moderne gilt es sorgfältig in Einklang zu bringen.

Stuttgart bezahlbar machen – Lebenshaltungskosten und Sozialpolitik

Stuttgart liegt im Zentrum einer der wirtschaftsstärksten Metropolregionen in Europa. Die wirtschaftliche Prosperität der Stadt hat jedoch auch negative Folgen: Die hohen Lebenshaltungskosten. Aber auch Familien mit normalem oder geringem Einkommen müssen sich das Leben in Stuttgart noch leisten können. Deshalb müssen die Kosten für städtische Dienstleistungen, für Kultur oder Sport, für öffentliche und private Verkehrsmittel, und nicht zuletzt für das Wohnen erträglich sein.

Besondere Leistungen der Stadt

Mieter mit besonders hoher Belastung, die in ihrem Beruf für das Funktionieren der Stadt in technischer und sozialer Hinsicht einen unverzichtbaren Beitrag leisten, zum Beispiel Polizisten, Pflegekräfte oder Mitarbeiter in Kindertagesstätten, sollen mit einem besonderen kommunalen Wohngeld gefördert werden (Subjektförderung), damit sie in Stuttgart überhaupt wohnen können. Das kommunale Wohngeld wird in den städtischen Haushalt als freiwillige Leistung eingestellt.

Familien sind die unverzichtbare Grundlage unserer Gesellschaft; und sie können Rückhalt bieten in materiellen oder psychischen Notsituationen. Sie sollen auch in der Sozialpolitik unserer Stadt besonders geschützt und umsorgt werden, etwa durch direkte finanzielle Hilfen für Kinder aus bedürftigen Familien, zum Beispiel für Essensgeld in der Schule oder Kleidung, Schuhe und Lehrutensilien. Es handelt sich ebenfalls um freiwillige soziale Leistungen der Stadt.

Wohnen, Steuern, Abgaben

Bei der Planung von Wohnraum sollen Grundrisse angewandt werden, die sich durch große Grundflächen wahlweise für Familien oder mehrere Senioren oder z. B. Wohngemeinschaften eignen; durch einfache Maßnahmen soll eine Umnutzung möglich sein. Die Grundsteuer für Wohnraum ist zu senken, um auch auf diese Weise die Mietnebenkosten zu entlasten. Die Grundsteuerreform darf nicht zu einer Mehrbelastung der Eigentümer und damit indirekt der Mieter führen. Belastungen von Immobilieneigentümern und Mietern durch die Sanierungen von Gebäuden, die der Energieeinsparung dienen sollen, müssen verkräftbar sein und dürfen nicht erzwungen werden. Von der Stadt erhobene Steuern, Gebühren und Abgaben müssen mit Augenmaß festgesetzt werden; sie sollen nicht erhöht werden.

Sozialausgaben müssen effizient helfen

Da die Sozialausgaben der Stadt einen großen Teil des Haushalts einnehmen, müssen sämtliche Ausgabenposten auf ihre Effizienz untersucht werden, sowohl zum Nutzen der Leistungsempfänger als auch in Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler. Doppelstrukturen und parallele Leistungen müssen vermieden werden. Hilfe muss bei den wirklich Bedürftigen ankommen: Nichterwerbsfähige, Behinderte, Kinder, Senioren, körperlich und seelisch schwer Erkrankte. Stuttgarts Sozialpolitik soll stets auf die Beschäftigung der Leistungsempfänger abzielen, auch wenn diese nur geringfügig ist. So wird beiden Seiten geholfen: Der Gemeinschaft durch gemeinnützige Arbeit; und dem Einzelnen nicht nur finanziell, sondern auch, weil seine erbrachte Gegenleistung gewürdigt wird.

Produktiv bleiben - Wirtschaftsförderung, Innovation und Arbeitsplätze

Ein weiterer Ausbau der Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Handwerksbetrieben, mittelständischen Unternehmen und Großunternehmen in Stuttgart zur Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze ist eines der wichtigsten Ziele der Alternative für Deutschland. Jeder Arbeitsfähige muss die Chance auf einen passenden und zukunftssicheren Arbeitsplatz oder Ausbildungsplatz haben.

Engagierte und flexible Wirtschaftsförderung, Existenzgründungen fördern

Mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe sollen schnell, ideenreich und unbürokratisch bei neuen Investitionen, Erweiterungen des Unternehmens und vor allem bei Existenzgründungen unterstützt werden. Zwischen Rathaus und den ansässigen Großunternehmen sollten enge Kontakte und eine Atmosphäre des Vertrauens hergestellt werden. Schwerpunktmäßig sollen Gründungen aus dem Bereich der in Stuttgart ansässigen Hochschulen gefördert werden. Stuttgart braucht eine positive Einstellung zu technologischen Neuerungen und Innovationen. Die Fortbildung von älteren Arbeitnehmern ist zu intensivieren.

Auf den Mix kommt es an

In Fragen der Wirtschaftsförderung darf es keine einseitige Fixierung auf den Dienstleistungssektor geben. Gerade auch die produzierenden Branchen bieten mit dem Aufkommen innovativer Technologien (Industrie 4.0) neue Chancen für den Aufbau und den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Zukunft.

Attraktive Gewerbeflächen

Gewerbeflächen mit guter Infrastruktur müssen bereitgehalten und ausgewiesen werden. Dabei ist der Bedarf mit der IHK, der Handwerkskammer und den Verbänden unter Berücksichtigung von Umwelt und Naturschutz zu ermitteln. Die rasche Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen (Verkehr, Energie, Abfallwirtschaft) in neu entwickelten Gewerbeparks erleichtern die Ansiedlung neuer Unternehmen für Mittelstand und Handwerk. Insbesondere die Bereitstellung einfacher und günstiger Gewerbeflächen ist wichtig.

Stuttgart soll in Innovation und Nutzung neuer Technologien führend sein

Städtische Verwaltung und städtische Unternehmen müssen vorangehen bei der Nutzung neuer Technologien und der Einführung innovativer Prozesse. Dies bewirkt eine Verschlankeung der Verwaltung und eine bessere Versorgung der Bürger mit städtischen Dienstleistungen. Es verbessert die Beteiligung und Mitbestimmung der Bürger an laufenden Entscheidungsprozessen und trägt nicht zuletzt zur Reduzierung der Kosten bei.

Soll und Haben – Finanzen, Steuern und Abgaben

Stuttgart weist einen der niedrigsten Schuldenstände deutscher Großstädte auf und kann insofern noch als weitgehend schuldenfreie Kommune bezeichnet werden. Ein ausgeglichener kommunaler Haushalt und eine geringe Verschuldung begünstigen das Wirtschaftsklima in der Stadt für langfristige Strukturinvestitionen und fördern das Vertrauen der Bürger in das Gemeinwesen.

Keine Abgabenerhöhungen

Die Stadt verfügt über genügend hohe Einnahmen für einen ausgeglichenen Stadthaushalt. Die AfD Stuttgart lehnt eine Erhöhung städtisch erhobener Steuern, Abgaben und Gebühren zu Lasten der Bürger ab. Wir lehnen eine reale Erhöhung von Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern für Mandatsträger für die kommende Amtsperiode ab. Wir stehen für einen ausgeglichenen Stadthaushalt. Dies ist ein Gebot der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit.

Stadtwerke Stuttgart

Beim Vergleich der Preise der Stadtwerke Stuttgart mit anderen Anbietern fällt auf, dass die Stadtwerke Stuttgart das Preisniveau der teureren Anbieter oft überschreiten. Einer weiteren Verteuerung von städtischer Energie, nicht zuletzt verursacht durch betriebswirtschaftlich abenteuerliche Abhängigkeiten von sogenannten erneuerbaren Energien, werden wir nicht zustimmen.

Parkraumbewirtschaftung

Kommunale Mittel, die durch die erweiterte Parkraumbewirtschaftung eingenommen werden, müssen – wie ursprünglich zugesagt – gänzlich in Projekte zur Schaffung von Parkraum fließen und dürfen nicht anderweitig eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang lehnt die AfD auch die erhebliche Aufstockung des Personalstands bei städtischen Bediensteten für die Überwachung der Parkraumbewirtschaftung ab. Diese zusätzlichen Stellen sollten für andere städtische Aufgaben eingeplant werden, wo sie dringender nötig sind.

Grundsteuer

In der Region Stuttgart ist der Hebesatz der Grundsteuer seit Jahren erheblich niedriger als in der Stadt. Stuttgart lag bis 2019 weit über dem regionalen Durchschnitt. In den letzten Jahren waren die Steuereinnahmen auch auf kommunaler Ebene sehr gut. Die reichlichen finanziellen Einnahmen der Stadt sollen dazu genutzt werden, um kommunale Abgaben und Steuern weiter zurückzuführen. Die jüngst erfolgte Senkung der Grundsteuer soll auch in den kommenden Jahren beibehalten werden, um auch auf diese Weise die Mietnebenkosten zu entlasten. Darüber hinaus darf eine Grundsteuerreform nicht zu einer Mehrbelastung führen.

Wenn Bund und Land Aufgaben übertragen, müssen sie auch zahlen

Die AfD besteht auf der Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Die Staatsebene, die für eine Aufgabe verantwortlich ist, muss auch für die Finanzierung sorgen (wer bestellt, bezahlt). Wir fordern, dass die Aufgabenübertragung von Bund und Land an die Stadt finanziell voll ausgeglichen wird. Freiwillige Leistungen der Stadt müssen in Umfang und Höhe nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Stadthaushaltes bemessen werden.

Städtisches Vermögen

Die Veräußerung kommunalen Vermögens sollte immer nur eine Ausnahme sein. Die Bürger der Stadt müssen darin einen langfristig kalkulierbaren Nutzen erkennen können. Transparenz und demokratische Kontrolle sind auch hier oberstes Gebot.

Nicht nur großes Theater – Kultur- und Sportförderung auf allen Ebenen

Nicht alle Werte im menschlichen Leben sind in Geld messbar. Dies gilt besonders für unser reiches kulturelles Erbe: Auf der einen Seite die sogenannte Hochkultur mit Architektur, Malerei, Musik, bildenden und darstellenden Künsten; und auf der anderen Seite genauso unsere Kultur des Brauchtums, der Feste, der Traditionen, der Vereine mit sportlicher oder musischer Ausrichtung. Kultur ist eine wichtige Ressource für unser Gemeinwesen, und erst in zweiter Linie ein Kostenfaktor. Sie ist auch ein Wettbewerbsvorteil, ein Imagegewinn für die Landeshauptstadt Stuttgart und die ganze Region.

Förderung von Hochkultur und Spitzensport mit Augenmaß

Stuttgart hat durch sein Ballett, das Opernhaus und seine vielen Kleintheater einen Namen als Kulturstadt weit über die Region hinaus. Die AfD steht dabei zur Sanierung des Opernhouses. Daneben ist die Landeshauptstadt ein angesehener Austragungsort für Veranstaltungen des Spitzensports. Dies sind Standortfaktoren, die für die Gewinnung qualifizierter Fach- und Führungskräfte in der Region Stuttgart eine entscheidende Rolle spielen.

Eine Unterstützung der Stadt für kulturelle Einrichtungen, Veranstaltungen und sportliche Ereignisse sollte hauptsächlich organisatorischer, technischer und verkehrstechnischer Art sein. Subventionen sind im kulturellen oder sportlichen Bereich nicht zu vermeiden, jedoch müssen sie sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt orientieren. Sponsoring sollte dem Einsatz öffentlicher Mittel vorgezogen werden, wo immer dies möglich ist. Kulturförderung darf nicht als Deckmantel dafür dienen, die politische Agitation ideologischer Minderheiten aus der Stadtkasse zu subventionieren.

Kulturförderung als Beitrag zur Lebensqualität

Vorrangig wollen wir die in den Stadtteilen vorhandene Infrastruktur für kulturelle Dinge nutzbar machen und erhalten sowie die örtlichen Aktivitäten der Bewohner unterstützen. Für Kultur und Kunstveranstaltungen müssen Bühnen und Konzertsäle angemessen ausgestattet sein. Wo erforderlich, stellt die Stadt ihre technischen und organisatorischen Ressourcen und gegebenenfalls auch finanzielle Mittel zur Verfügung, um Instandhaltung, aber auch Neu- und Erweiterungsvorhaben zu ermöglichen.

Der Vorrang liegt aber bei der Kreativität und Aktivität der Bürger, auch in der Beschaffung unterstützender Gelder. Die städtischen Ämter werden verpflichtet, derartige Vorhaben wohlwollend zu begleiten. Schulen für Musik, bildnerisches Gestalten, Tanz, Chor, Gesang, Vereine und ähnliche Initiativen in privater, öffentlicher oder kirchlicher Hand bilden ein Fundament für den Erwerb der Kulturfertigkeiten von Kindesbeinen an. Diese Stützen des kulturellen Reichtums unserer Stadt sollen besonders gefördert und – im Gütervergleich zu Großinstitutionen, wie Oper und Schauspielhaus – bei der Zuteilung von Finanzen angemessen berücksichtigt werden.

Die Zusammenarbeit der Schulen für Musik, bildnerisches Gestalten, Ballett, Chor und Gesang mit Kindergärten und Schulen soll intensiviert werden.

Vorrang für aktiven Breitensport

Für das Wohl der Bürger weit bedeutsamer als sportliche Großveranstaltungen ist die aktive Teilhabe an sportlichen Aktivitäten in den vielen Vereinen unserer Stadt. Wie in allen anderen Belangen auch, treten wir für ein hohes eigenes Engagement der Bürger ein, befürworten an dieser Stelle jedoch ebenfalls organisatorische, technische und gegebenenfalls materielle Unterstützung durch die Stadt, im Zweifelsfall auch zu Lasten der Unterstützung von Großereignissen. Trotz guter Zusammenarbeit mit vielen Schulen sehen sich viele Sportvereine räumlichen und zeitlichen Schwierigkeiten ausgesetzt. Wir wollen die Verfügbarkeit von Sportplätzen und -räumen sowie bislang ungenutzter städtischer Objekte erhöhen. Auch die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel für die Sportvereine

kann erfolgen, indem bei kommerziellen Großveranstaltungen der Sicherheitsaufwand den Veranstaltern in Rechnung gestellt wird.